

# Kanton kritisiert Pläne für Oberdornach

Das Baudepartement des Kantons Solothurn hat Dornach in der Teilzonenplanrevision Oberdornach ausgebremst.

Bea Asper

Der Ortsteil Oberdornach wird in der laufenden Ortsplanrevision zeitlich doch nicht vorgezogen. Der Dornacher Gemeinderat entschied am Montag, es sei auf eine Teilzonenplanrevision zu verzichten. Die Ortsplanrevision und Gemeinderat hatten die Zonenvorschriften für Oberdornach bereits angepasst und den Entwurf nach Solothurn entsendet zur Vorprüfung. Das kantonale Baudepartement stellte in seinem Prüfungsbericht jedoch die Rechtmässigkeit einer Teilzonenplanrevision in Frage. Innerhalb des Gemeindebanns ein altes und ein neues Zonenreglement zur Anwendung zu bringen sei nicht statthaft.

Roland Müller, Präsident der Ortsplanrevision (OPK), gab dem Gemeinderat zu verstehen, dass die Ansicht des Kantons einem Sinneswandel gleichkomme. Zu Beginn der Planungsarbeiten seien keine solchen Bedenken angemeldet worden.

## Unklarheiten im Entwurf

Der Kanton kam bei der Prüfung zum Schluss, dass der Entwurf der Gemeinde einige Gegensätze enthalte. So wurde «der Übergang von neu verdichteten Baufeldern in den Hofstätten (begrünte Freiräume wie Hauswiesen, A. d. R.) zu den umliegenden Bestandsbauten teilweise sehr unvermittelt von 2-Geschossen zu 5-Geschossen». Der Umgang mit diesen Schnittstellen auch für die weitere Ortsplanrevision werde in der Planung der Gemeinde noch nicht genügend thematisiert. Weiter würden mit der Revision des Ortsteils Oberdornach bereits die neuen Baubegriffe eingeführt – das übrige noch nicht revidierte

Gemeindegebiet verbleibe jedoch im alten Regime. «Dies ist so aus rechtlichen Gründen nicht möglich», hält das Amt für Raumplanung fest.

Falls die Gemeinde an der Zielsetzung einer vorgelagerten Teilrevision festhalten möchte, sei man in Solothurn «gerne bereit, massgeschneiderte Lösungswege für den vorliegenden Spezialfall zu erörtern». Inhaltlich macht der Kanton das fehlende Nachfragen Dornach zum Vorwurf: Zwar äussere die Gemeinde in ihrem Planungsbericht den Wunsch, «den Spielraum bei der Strassenraumgestaltung zusammen mit den kantonalen Behörden auszuloten». Es fehlten dazu aber Gestaltungsvorschläge, denn die Gemeinde habe lediglich einen «normalen» Erschliessungsplan zur Beurteilung eingereicht. So würden in Bezug auf die eigentliche Durchleitungsfunktion der Kantonsstrasse und den Parkierungs- und Anlieferungskonflikten bei den Gewerbetreibenden und dem Detailhandel keine weiterführenden Aussagen gemacht.

## Erhalt des Ortsbildes zentral

Dem Prüfungsbericht ist weiter zu entnehmen, dass der Sprung von der Analyse zu den vorgeschlagenen Massnahmen und konkreten Planungsinstrumenten vielerorts undokumentiert bleibe. Die Zweckmässigkeit der gezogenen Schlüsse könne nur ungenügend überprüft werden. «In Bezug auf die Potenziale zur Innenentwicklung wird zum Beispiel nicht schlüssig aufgezeigt, wie so im Ortskern Oberdornach eine quantitative Entwicklung durch bauliche Verdichtung im Hofstattgebiet überhaupt vorgenommen werden soll», heisst es ferner.

Der Kanton wirft die Frage auf, ob es die vorgesehene Überbauung der rückwärtigen Hofstattgebiete wirklich brauche oder ob die Verdichtung nicht sinnvollerweise in weniger heiklen Gebieten wie zum Beispiel in Dornachbrugg oder im Widenareal realisiert werden solle. Bei diesem Thema tauchen «denn auch Widersprüche auf, die nicht einzuordnen sind», schreiben die Kantonsbe-

hörden und verweisen auf den Grundsatz des räumlichen Leitbildes zum Schlüsselraum Oberdornach. Bei der Belegung des historischen Ortskerns von Oberdornach sei grosses Gewicht auf den Erhalt und die Aufwertung des Ortsbildes zu legen.

## Kanton moniert Widerspruch

In den eingereichten Zonenplänen habe Dornach nun aber die Idee verfolgt, im Bereich der Hofstattgebiete, die für die historische Bebauung und zur Siedlungsgliederung wichtigen Grünräume zu reduzieren und im hinteren Teil dicht überbauen zu wollen. Erhalten und gleichzeitig reduzieren und verdichten sei – jedenfalls im vorgesehenen Umfang – ein Widerspruch, moniert der Kanton. Dieser Widerspruch führe dazu, dass der Kern von Oberdornach weiter bedrängt und seiner partiell noch erhaltenen grosszügigen Freiräume beraubt werde.

Gemeindepräsident Christian Schlatter zeigt sich enttäuscht von der ablehnenden Haltung des Kantons: «Alle Mitglieder der OPK sowie des Gemeinderates sind enttäuscht über die Beurteilung vom Amt für Raumplanung (ARP) und verstehen die «Kehrtwende» nicht, hatten wir doch gemeinsam mit unserem Planungsteam vorgängig die notwendigen Abklärungen vorgenommen und als Antwort grünes Licht für unser Vorgehen erhalten.» Die Kritik des Kantons, dass die Grundlagenplanung Widersprüche aufweise, sei unbegründet. «Wir haben die Grundlagen intensiv diskutiert und berücksichtigt. Dies haben wir im Übergabegespräch mit den Verantwortlichen des ARP auch klären können. Auch das verdichtete Bauen haben wir gerade für diesen sensiblen Raum wirkungsvoll, überlegt und konzentriert aufgearbeitet. Davon könnten wir die Vertreter des ARPs im Gespräch überzeugen. Genau dies müssten wir nun noch ausführlich dokumentieren und einreichen.» Das werde nun im Rahmen der gesamten Ortsplanungsrevision vorgenommen, hält Schlatter fest.



Gemäss Aussage des Gemeindepräsidenten ist man seit fünf Jahren an der Planung der Turnhalle Brühl. Zu Beginn (2017) war die Erstellung einer Einfachturnhalle vorgesehen. Im Gwänd wurde eine Dreifachhalle für den Ersatz der zwei bestehenden Einfachhallen vorgeschlagen. Im 2018 erfolgte eine Machbarkeitsstudie durch die Gruner AG für einen Neubau Turnhalle im Brühl mit einer Kostenschätzung von 4,5 Millionen Franken. Der Souverän hatte in der Gemeindeversammlung vom November 2019 bei grosser Opposition den Planungs- und Vorprojektierungskredit von 1,2 Mio. Franken für eine Turnhalle mit Tagesstruktur und MZH in der Höhe

von 14 Mio. Franken bewilligt. Die Steuergruppe MZH Brühl hat erst nach diesem Entscheid die Vereine in die Mitwirkung einbezogen.

Trotz Öffentlichkeitsprinzip standen den Teilnehmern am 22. Juni die relevanten Unterlagen nicht zur Verfügung. Somit konnten die Besucher nur durch die klaren Fragen von Gemeinderat Müller (FDP) erfahren, wo der Schuh drückt. Weder Steuerungsgruppe noch Architekten konnten die Kosten für eine Turnhalle mit Tagesstruktur beziffern. Die klaren Voten der Vereine wurden zu wenig ernst genommen. Nach langer Diskussion schien eine Mehrheit dem Votum Müller zu folgen, blieb aber in

der Abstimmung (trotz mehrfachen kritischen Äusserungen zu einer mobilen Bühne) bei der Vorlage.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wollen Klarheit und Übersicht über die Kosten, die bei grösseren Infrastrukturprojekten veranschlagt werden. Bei einer Auftragserteilung mit zwei Varianten hätte der Gemeinderat den Einwohnern diese Option geben können. Das Risiko, dass jetzt das Projekt MZH Brühl an der Volksabstimmung abgelehnt wird, ist somit erheblich gestiegen und könnte die Realisierung um Jahre zurückwerfen.

*Ludwig Binkert,  
Präsident FDP.Die Liberalen  
Dornach*